

Protestanten: Was halten sie von der Kirche?

Zum dritten Mal ließ die EKD eine Repräsentativumfrage unter evangelischen Kirchenmitgliedern durchführen. Eine erste Auswertung der neuen Untersuchung zeigt: Die Mehrheit der deutschen Protestanten möchte den Kontakt zu Kirche und christlicher Tradition nicht abbrechen, nimmt aber am kirchlichen Leben nur sporadisch teil.

Kaum hatten sich die deutschen Bischöfe bei ihrer diesjährigen Herbstvollversammlung mit den Ergebnissen der von ihnen in Auftrag gegebenen Allensbach-Untersuchung über Entwicklung und Motive der Kirchenaustritte befaßt (vgl. HK, November 1993, 550 ff.), folgte auf evangelischer Seite eine Veröffentlichung mit teilweise vergleichbarer Thematik. Die Studien- und Planungsgruppe der Evangelischen Kirche in Deutschland legte Ende Oktober eine erste Auswertung und Kommentierung der jüngsten EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft vor. Es handelt sich dabei schon um die dritte Umfrage dieses Typs: Sie wurde 1992 durchgeführt, zwanzig Jahre nach der ersten und zehn Jahre nach der zweiten Mitgliedschaftsumfrage der EKD.

Diese dritte Umfrage steht in *Kontinuität zu den beiden Vorgängeruntersuchungen*. Es wurde weitgehend der gleiche (in einzelnen Punkten fortgeschriebene) Fragebogen verwandt, so daß Vergleiche zwischen den Befunden von 1972, 1982 und 1992 möglich sind. Gleichzeitig betrat man mit der jetzigen Untersuchung aber auch *Neuland*: Die bisherigen Umfragen bezogen sich auf die „alte“ Bundesrepublik; jetzt wurden repräsentativ 1585 Protestanten in den alten und 370 in den neuen Bundesländern befragt. Parallel zur Befragung evangelischer Kirchenmitglieder wurde in West- und Ostdeutschland eine repräsentative Umfrage bei *Konfessionslosen* durchgeführt. Schließlich ergänzte man diesmal die Repräsentativbefragung durch vierunddreißig themenori-

enterte *Erzählinterviews* mit Kirchenmitgliedern, die von sich selbst sagen, sie hätten mit der Kirche wenig bis gar nichts zu tun.

Mitgliedschaft wird zunehmend familiär begründet

Schon im Vergleich zwischen den Umfragen von 1972 und 1982 ergab sich ein beträchtliches Maß an Stabilität in der Art und Weise, in der die (west)deutschen evangelischen Kirchenmitglieder ihr Verhältnis zur Kirche bestimmen und in den Erwartungen, die sie an ihre Kirche richten. Auch zwischen 1982 und 1992 haben sich hier keine spektakulären Verschiebungen vollzogen. So stuften sich bei der jüngsten Umfrage zehn Prozent der Befragten als mit der Kirche „sehr verbunden“ ein (1982 waren es 14 Prozent), 29 Prozent als „ziemlich verbunden“ (1982 waren es 22 und 1972 25 Prozent), 35 Prozent als „etwas verbunden“ (1982: 32 Prozent), 18 Prozent als „kaum verbunden“ (1982 waren es 22 Prozent) und 8 Prozent (1982 waren es 10 Prozent) als „überhaupt nicht verbunden“.

Daß für sie ein *Kirchenaustritt* nicht in Frage komme, gaben 1982 60 Prozent und zehn Jahre später 57 Prozent der Befragten zu Protokoll. Für die Aussage: „Ich habe schon öfter daran gedacht, aus der Kirche auszutreten – ich bin mir aber noch nicht ganz sicher“ entschieden sich 1982 wie 1992 jeweils elf Prozent. Daß sie zum Kirchenaus-

tritt fast schon entschlossen seien, gaben 1982 sechs und bei der neuen Umfrage fünf Prozent an. Von fünf auf ein Prozent ging der Anteil der Befragten zurück, die der Aussage „Ich werde ganz bestimmt so bald wie möglich austreten“ zustimmten.

Die Mehrheit der evangelischen Kirchenmitglieder hat, so die Auswertung der Umfrage von 1992, kein „prägnantes“ Kirchenverhältnis, „das sich positiv oder in negativer Abgrenzung an der kirchlicherseits definierten Erwartungen und Normen orientiert“. Dieser Befund ist alles andere als neu. Allerdings stellt die Auswertung der jüngsten Umfrage fest, daß „jene Gruppe, die sich in dem schwer definierbaren Beziehungsfeld aus Nähe und Distanz bewegt, im Verlauf der letzten zehn Jahre noch einmal angewachsen ist“. Als Beleg dafür wird z.B. auf eine leicht gestiegene *Taufbereitschaft* verwiesen: Während 1982 88 Prozent der westdeutschen evangelischen Kirchenmitglieder die Bereitschaft bekundeten, ihr Kind taufen zu lassen, waren es 1992 fünf Prozentpunkte mehr. Bei der Frage, was unbedingt zum Evangelisch-Sein gehöre, fand die Aussage „Daß man getauft ist“ 1982 bei 85 und 1992 bei 91 Prozent der Befragten Zustimmung; eine leichte Steigerung (von 80 auf 84 Prozent war auch bei der Aussage „Daß man konfirmiert ist“ zu verzeichnen).

Sowohl die Mitgliedschaft in der Kirche als auch die Bedeutung der Kasualien werde zunehmend *familiär-biographisch* begründet: „Eine Mehrheit wünscht Taufe und Konfirmation, Trauung und Beerdigung, will den Ritus und das Fest zur Verarbeitung lebenszyklischer Erfahrungen, zur Strukturierung der Individualbiographie.“ Bei der Frage nach der Bedeutung der Taufe stieg die Zustimmung zur Aussage, diese sei vor allem eine Familienfeier, von 40 (1982) auf 62 Prozent (1992). Der Aussage, daß ein Kind getauft wird, um ihm für die Zukunft nichts zu verbauen, stimmten vor zehn Jahren 31 und jetzt 50 Prozent der Befragten zu. Im Blick auf die Konfirmation ergibt sich ein ähnliches Bild: Dort

stieg von der zweiten zur dritten Umfrage die Zustimmung zur Aussage, sie sei vor allem eine Familienfeier (von 30 auf 41 Prozent) und eine „gute alte Tradition“ (von 32 auf 46 Prozent).

Nur geringe Unterschiede zwischen Ost und West

Beim Vergleich der Umfrageergebnisse für die evangelischen Kirchenmitglieder aus den alten und den neuen Bundesländern zeigt sich, daß die Übereinstimmungen insgesamt wesentlich größer sind als die Unterschiede. So ist festzustellen: „Die Rangfolge der Merkmale, die für das Evangelisch-Sein kennzeichnend sind, entspricht im Osten weitgehend derjenigen im Westen.“ Etwas höher als im Westen liegt im Osten der Prozentsatz der Mitglieder, die sich ihrer Kirche sehr oder ziemlich verbunden fühlen (Ost 46 und West 39 Prozent). Bei den Meinungen zum Kirchenaustritt sind die Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Protestanten minimal; das gilt auch für die Selbsteinschätzung beim Gottesdienstbesuch und bei der Beteiligung am kirchlichen Leben: 72 Prozent der Mitglieder in den alten und 68 Prozent in den neuen Bundesländern geben an, sich am kirchlichen Leben überhaupt nicht zu beteiligen.

Dennoch lassen sich die evangelischen Kirchenmitglieder in Ost und West nicht ganz über einen Leisten schlagen. Die Auswertung der Mitgliedschaftsumfrage von 1992 zeigt, daß sich jedenfalls das Profil der *jüngeren Kirchenmitglieder* in den alten und neuen Ländern unterscheidet: „Für die Kirchenmitgliedschaft der 18–29jährigen in den neuen Ländern haben sowohl die individuelle religiöse Erfahrung als auch die Möglichkeit von Partizipation und Gemeinschaft eine größere Bedeutung als für die 18–29jährigen in den alten Ländern.“ Für die befragten jüngeren Kirchenmitglieder im Osten sind etwa Bibellektüre, Gottesdienstbesuch, gesellschaftspolitisches Engagement der Kirche und Mitarbeit in der Kirchengemeinde wichtiger als für ihre westdeutschen Altersgenossen. Die Auswertung spricht insgesamt von einem disparaten Bild der Kirchenmitgliedschaft in Ostdeutschland: Die volkskirchlich geprägten Verhaltensmuster und die Tendenz zu einem sich vor allem bei den Jüngeren zeigenden Wandel in Einstellung und religiöser Praxis ließen sich nicht fugenlos zusammenbringen.

Nicht überraschend ist, was die Umfrage bei den *Konfessionslosen* in Ost und West zutage fördert. Hier wirken sich die unterschiedlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte aus: „Im Westen steht man dem christlichen Glauben näher, auch wenn man der Institution den Rücken gekehrt hat; ‚Christsein‘ als Hintergrund ist doch noch eher normal. Im Osten hingegen weiß man nicht nur mit dem christlichen Glauben, sondern mit Religion überhaupt wenig anzufangen.“ Während sich westdeutsche Konfessionslose von der Kirche als Institution deutlich abgrenzen, herrscht bei Konfessionslosen in der früheren DDR – offenbar aufgrund der größeren Distanz – ein etwas freundlicheres Bild von der Kirche vor.

Insgesamt vermutet die Auswertung der neuen, gesamtdeutschen Mitgliedschaftsumfrage der EKD, die Einstellungen der evangelischen Kirchenmitglieder in Ost und West würden sich allmählich annähern. Durch die Taufe der Kinder werde die Kircheng Zugehörigkeit in Ost und West auf einem hohen Niveau fortgeführt. Die Untersuchung belege, „daß traditionelle Verhaltensmuster nicht ‚out‘ sind“. Es könne jedoch nicht eindeutig gesagt werden, „inwieweit die Kirchenmitglieder damit kirchlich-christliche Inhalte verbinden“. Die Mehrheit der evangelischen Kirchenmitglieder in Deutschland, so läßt sich auch das Ergebnis der neuen Untersuchung zusammenfassen, möchte den Kontakt zu Kirche und christlicher Tradition nicht abbrechen und kann diesem Kontakt für ihr Leben durchaus manches abgewinnen, ist aber nicht dazu bereit, ihn über bestimmte Haftpunkte (Taufe, Konfirmation, Gottesdienstbesuch zu besonderen Anlässen) hinaus zu intensivieren.

Die vollständige Auswertung der Ergebnisse der Mitgliedschaftsumfrage von 1992 soll im Winter 1994/95 veröffentlicht werden. In der jetzt vorgestellten Kurzfassung fehlt weitgehend die Differenzierung der Ergebnisse nach Berufs- und Schichtzugehörigkeit, nach Wohnortgröße und Geschlecht der Befragten. Ein erster Vergleich zwischen den diesbezüglichen Ergebnissen der Umfrage von 1982 und der von 1992 zeigt, daß sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land in bezug auf die Kirchlichkeit abgeschwächt haben und daß auch die stärkere Kirchenbindung der Frauen abbröckelt.

Protestantische Orientierung im Pluralismus

Wenige Jahre nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der Mitgliedschaftsumfrage von 1982 (vgl. HK, Oktober 1984, 448 ff.) befaßte sich die EKD-Synode mit dem Thema „Glauben heute“ unter der Leitfrage „Wie wird man Christ – wie bleibt man Christ?“ (vgl. HK, Januar 1989, 32 ff.). Die vorläufige Auswertung der neuen Mitgliedschaftsumfrage erschien jetzt unmittelbar vor der diesjährigen Tagung der Synode (vgl. ds. Heft, S. 604), bei der es um das Schwerpunktthema „Leben im Angebot. Protestantische Orientierung in der modernen Welt“ ging. Dabei empfahl der amerikanische Soziologe *Peter L. Berger* den versammelten Protestanten, sich jenseits von sektenhafter Ablehnung und purer Anpassung mutig auf den modernen gesellschaftlichen und religiösen Pluralismus einzulassen und sich mit ihm produktiv auseinanderzusetzen: „Der Marktplatz, trotz seiner Unannehmlichkeiten, ist nicht der übelste Ort für eine christliche Existenz.“

Die Probleme fangen allerdings genau da erst richtig an, wo das Referat Berbers mit seiner so intelligenten wie lockeren Analyse des gegenwärtigen Pluralismus und seiner Aufforderung zur Auseinandersetzung mit ihm endete. Die evangelische Christenheit müsse

sich darüber verständigen, was sie den Menschen für die Gestaltung des Lebens der Gesellschaft und der einzelnen anzubieten habe, hieß es im Papier des Vorbereitungsausschusses zum Thema „Leben im Angebot“. Bei der Hoffnung

darauf, daß die Volkskirche in ihrer von der neuen Mitgliedschaftsuntersuchung bestätigten Mischung aus Stabilität und Instabilität gute Überlebenschancen hat, kann man es sicher nicht bewenden lassen. U. R.

Militärseelsorge: Die EKD zwischen zwei Modellen

Nicht erst, aber vor allem seit der Wiedervereinigung streitet man in der Evangelischen Kirche in Deutschland über die künftige Gestaltung der Militärseelsorge. Jetzt liegt ein Bericht vor, der dafür zwei Modelle vorschlägt. Die Synode der EKD hat darüber diskutiert. Welches dieser beiden Modelle letztendlich verwirklicht wird, ist derzeit noch offen.

Mit der Grundsatzentscheidung über die künftige Gestaltung der evangelischen Militärseelsorge in der Bundesrepublik ist frühestens im Herbst 1994 zu rechnen, wenn die Synode der EKD – vermutlich in Halle – zu ihrer nächsten Tagung zusammentritt. Die Weichen für diese Entscheidung sind jetzt allerdings gestellt: Bei ihrer diesjährigen Tagung vom 7. bis 12. November in Osnabrück befaßte sich die Synode mit dem Abschlußbericht des Ausschusses zur künftigen Gestaltung der Militärseelsorge, den der Rat der EKD im Februar 1992 eingesetzt hatte. Es liegen zwei Modelle auf dem Tisch, eines, das Veränderungen *im Rahmen des Militärseelsorgevertrages* von 1957 vorsieht, und eines, das eine *Veränderung* dieses Vertrags zwischen der EKD und der Bundesrepublik Deutschland erforderlich machen würde.

Während in praktisch allen anderen wichtigen Bereichen die staatskirchenrechtlichen Regelungen der „alten“ Bundesrepublik auch für die neuen Bundesländer gelten bzw. dort durch Staat-Kirche-Vereinbarungen jetzt formell übernommen werden (vgl. HK, Oktober 1993, 493), gehen Ost und West in der evangelischen Militärseelsorge bislang noch unterschiedliche Wege. Die östlichen Gliedkirchen, die seit dem Juni 1991 wieder der EKD an-

gehören (vgl. HK, August 1991, 378 ff.), haben den Militärseelsorgevertrag nicht übernommen. Die evangelische Seelsorge an Soldaten wird bislang in den neuen Bundesländern meist nebenamtlich, teilweise aber auch hauptamtlich durch dazu von den jeweiligen Landeskirchen beauftragte Pfarrer wahrgenommen. Diese Sonderregelung wurde 1991 in einem Brief des Bundesverteidigungsministers als befristete Regelung formell bestätigt.

Strittig ist vor allem der Beamtenstatus

Im Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der ehemaligen DDR vom 11./12. Januar 1991 zur Seelsorge an Soldaten wurde als letzter Punkt festgestellt, die Konferenz gehe davon aus, „daß nach Ablauf einer Frist von drei bis vier Jahren anhand der Erfahrungen mit dem Militärseelsorgevertrag und der besonderen Regelungen der Gliedkirchen Ost, die unterschiedlichen Wege überdacht und in Übereinstimmung mit den gemeinsam gewonnenen Einsichten gebracht werden müssen“. Allerdings ist die Auseinandersetzung um die Gestaltung der evangelischen Militärseel-

sorge *nicht einfach ein Ost-West-Problem*: Mehrere Synoden westdeutscher EKD-Gliedkirchen sprachen sich in den letzten Jahren für Veränderungen gegenüber dem geltenden Militärseelsorgevertrag aus, wobei die Evangelische Kirche in Hessen-Nassau mit einem Synodalbeschluß von 1989 den Anfang machte.

Auch in der ausgesprochen unpolemischen, mit großem Ernst geführten Aussprache zum Thema Militärseelsorge bei der Osnabrücker Synodaltagung gab es aus den westdeutschen *und* aus den ostdeutschen Gliedkirchen der EKD jeweils Voten zugunsten des bestehenden Militärseelsorgevertrags wie für eine Neuregelung der evangelischen Seelsorge an Soldaten. Tenor der einen Seite: Der Militärseelsorgevertrag hat sich bisher bewährt und sich vor allem nicht als hinderlich auf den kirchlichen Auftrag der Militärpfarrer ausgewirkt. Außerdem warnten etliche Synodale vor einem möglichen „Dambruch“ in den Staat-Kirche-Beziehungen im Falle von Neuverhandlungen über den Militärseelsorgevertrag. Die andere Seite argumentierte besonders mit Gefahren für die innere Freiheit der Seelsorge an Soldaten, die durch die bisherige Regelung nicht voll gewährleistet sei; so würden etwa Konflikte über den Auftrag der Bundeswehr in der Militärseelsorge nicht thematisiert.

Konkreter Hauptstreitpunkt war und ist der *Status der Militärpfarrer*, die nach dem Militärseelsorgevertrag Bundesbeamte sind. Bei den Vertragsverhandlungen war die Frage der Beamtenstellung der Militärpfarrer seinerzeit strittig; die kirchliche Seite sträubte sich lange gegen eine Verbeamtung der Militärseelsorger, stimmte dieser vom Staat gewünschten Regelung dann aber doch zu. Die vom Ausschuß für die künftige Gestaltung der Militärseelsorge erarbeiteten Modelle A und B unterscheiden sich jetzt vor allem an diesem Punkt: Nach Modell A soll es beim bisherigen Status der Militärpfarrer bleiben, nach Modell B soll „der strittige Bundesbeamtenstatus der Militärpfarrer in den Status von Seelsorgern an